

Beschluss

Wir geben den Osten nicht auf – trotz alledem!

Gremium: Landeskonferenz
Beschlussdatum: 28.09.2024
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Ost-Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg waren ein Fanal für
2 die Demokratie. Eine faschistische Partei konnte in drei Landtagen etwa 30
3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Das reicht in Brandenburg und Thüringen
4 sogar zu einer Sperrminorität, mit der parlamentarische Prozesse und
5 demokratische Entscheidungen blockiert werden können. Während die extreme Rechte
6 damit die Wahlen in Thüringen gewinnen konnte, reichte es für die CDU in Sachsen
7 und die SPD in Brandenburg jeweils noch zu einem knappen Wahlsieg.

8 Die Ausgangslage für die jeweils achte Legislaturperiode seit 1990 ist
9 verheerend. Demokratische Regierungsmehrheiten sind mindestens auf das
10 autoritäre, russlandfreundliche BSW angewiesen; parteipolitische Bündnisse, die
11 auf eine einmütige politische Vision oder ein gemeinsames Narrativ bauen, sucht
12 man vergebens.

13 Unterdessen setzt die AfD die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen
14 fort. Vorläufiger Höhepunkt dessen ist die konstituierende Sitzung des Thüringer
15 Landtags, die durch den AfD-Alterspräsidenten – einer Marionette der blau-
16 braunen Fraktion – torpediert wurde: eine Verfassungskrise mit Ansage, welche
17 die Demokratie beschädigt zurücklässt. Das war ein Auftakt dafür, was
18 möglicherweise allen drei Landtagen in den kommenden fünf Jahren blüht.

19 **Ist der Osten damit verloren? Nein, nur wenn wir ihn aufgeben!**

20 Um klarzustellen: Nichts rechtfertigt es, menschenverachtende und
21 niederträchtige Politik zu unterstützen. Niemals wird die eigene Situation
22 besser, wenn „nach unten“ getreten wird. Dennoch lässt sich konstatieren, dass
23 gerade die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen in Ostdeutschland in den
24 vergangenen drei Jahrzehnten enttäuscht oder vernachlässigt wurden. Hier muss
25 unser Politikansatz angreifen.

- 26 • Für wen wir streiten

27 Die Sozialdemokratie muss sich für all diejenigen stark machen, die auf das
28 Aufstiegsversprechen angewiesen sind. So wollen wir Jungsozialist:innen die
29 bestmöglichen Chancen und Perspektiven für junge Menschen ermöglichen, damit sie
30 ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen und sich persönlich entfalten
31 können. Dabei ist es unsere Verantwortung, gerade Schüler:innen, Auszubildenden
32 und jungen Arbeitnehmer:innen eine Stimme zu geben, denn sie werden allzu häufig
33 überhört. Darüber hinaus streiten wir nachdrücklich für die gesellschaftlichen
34 Gruppen, die besonders vulnerabel sind – gerade migrantische und queere
35 Communities kommen in den Debatten häufig zu kurz. Gemeinsam mit unseren

36 progressiven Bündnispartner:innen treten wir für ihre Interessen und Anliegen
37 ein.

38 • Für eine materialistische Agenda

39 Die sozioökonomischen Bedingungen für die Menschen in Ostdeutschland sind 34
40 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer weitaus schlechter als in der
41 übrigen Bundesrepublik. Vielmehr lässt sich als Folge der Entwicklungen der
42 letzten drei Jahrzehnte feststellen: Der Osten ist strukturell „ärmer und älter“
43 als der Westen. Nach den dramatischen Entwicklungen in den 90er und 2000er
44 Jahren für die Menschen vor Ort ist eine demographische oder
45 volkswirtschaftliche Trendumkehr trotz mancher Förderprogramme aus sich selbst
46 heraus nicht vorstellbar.

47 Zunächst braucht es deshalb mehr denn je Umverteilungsmaßnahmen von „oben nach
48 unten“ und von „west nach ost“, die dem extremen Ungleichgewicht der
49 Vermögensverteilung entgegenwirken. Hierbei können wir unsere Forderung nach der
50 Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wiederholen. Darüber hinaus streiten
51 wir an der Seite der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, damit das
52 Credo „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ endlich Realität wird.

53 Um nachhaltige wirtschaftliche Verbesserungen zu erzielen, die letztlich den
54 Beschäftigten zugutekommen, brauchen wir aber eine neue Wirtschaftspolitik in
55 Ostdeutschland. Nur durch eine gezielte Reindustrialisierung, die auf globale
56 Trends wie Digitalisierung und Dekarbonisierung setzt, kann der Wandel vom
57 Niedriglohnsektor inkl. „verlängerten Werkbänken“, die allzu häufig vom
58 Mindestlohn dominiert werden, hin zu einer tarifgebundenen innovativen
59 Wirtschaftsregion gelingen. Hierfür fordern wir besondere Unterstützungsformate
60 für den F&E-Bereich.

61 Um das gute Leben für alle zu erstreiten, müssen wir künftig noch stärker die
62 Lebenshaltungskosten infolge der inflationären Entwicklung in den Blick nehmen.
63 Energie, Wohnen, Gesundheit, Mobilität oder Verpflegung dürfen die Menschen
64 finanziell nicht überfordern. Hierfür braucht es eine starke Daseinsvorsorge,
65 die die Wirksamkeit von Gemeinschaft aufzeigt. Der Rückzug des Staates aus
66 vielen Bereichen der Daseinsvorsorge, etwa der Gesundheits- oder
67 Energieversorgung, war ein Fehler, hat das Vertrauen in den Staat schwinden
68 lassen und muss Schritt für Schritt rückgängig gemacht werden.

69 • Für eine bessere demokratische Kultur

70 Zusätzlich zu den sozioökonomischen Faktoren müssen wir an der demokratischen
71 Kultur arbeiten. Der Osten kann nicht auf tiefe gesellschaftliche Verwurzelung
72 politischer Institutionen zählen. Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben über
73 Vereine und die Beteiligung an der politischen Meinungsbildung über die
74 Teilnahme an Wahlen hinaus sind nicht stark ausgeprägt. An die Stelle
75 ehrenamtlichen Engagements in Parteien wird ein eher basisdemokratisches
76 Politikverständnis gesetzt, welches das Vertrauen in parlamentarische Abläufe
77 einschränkt. Aber Demokratie braucht Demokrat:innen.

78 Echte demokratische Kultur kann sich nur nachhaltig entwickeln, wenn Menschen
79 auch aktiv Verantwortung wahrnehmen und sich an politischen und
80 gesellschaftlichen Prozessen beteiligen. Deshalb müssen wir die Bedingungen für
81 ehrenamtliches Engagement und genossenschaftlichen Einsatz verbessern. Orte des
82 Zusammentreffens und des Austausches von Menschen verschiedener

83 gesellschaftlicher Hintergründe müssen stärker gefördert werden, sei es der
84 Jugendclub, Sportverein oder das Wohnprojekt.

85
86 Es braucht darüber hinaus mehr Abstimmungs- und Beteiligungsformate. Neue Formen
87 der Beteiligung von Bürger:innen an demokratischen Entscheidungsprozessen können
88 dafür sorgen, dass mehr Menschen in Thüringen Entscheidungen der Politik
89 akzeptieren und hinter ihnen stehen können. Gleiches gilt für eine Steigerung der
90 Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für mehr Formen direkter
91 Bürger:innenbeteiligung, wie etwa Bürger:innenhaushalte.

92 Darüber hinaus kann auch die Ergänzung der bisherigen politischen Abstimmungs-
93 und Beteiligungsformate durch deliberative Aspekte förderlich auf die Akzeptanz
94 und die Legitimation von Entscheidungen wirken. Gleiches gilt für eine
95 Steigerung der Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für die
96 direkte Beteiligung, etwa in Form von Bürger:innenhaushalten.

97 • Nachhaltig für den Osten streiten

98 Der bundesdeutsche Blick, der die vergangenen Monate auf Thüringen, Sachsen und
99 Brandenburg gerichtet war, hat manche der zuvor angerissenen Aspekte
100 aufgegriffen. Der Blick darf nach diesen Wahlen und ihren Ergebnissen nicht
101 gleichgültig verschwinden. Die Entwicklungen im Osten drohen, hier nicht Halt zu
102 machen, sondern wortwörtlich zu einer Blaupause für Westdeutschland zu werden.
103 Deshalb müssen wir gemeinsam, trotz unterschiedlicher Erfahrungen und manch
104 verschiedener Herausforderungen, solidarisch Seit an Seit streiten.

105 Als Jusos in der SPD steht für uns fest: Wir werden keinen Ort, keine Region und
106 schon gar kein Bundesland jemals den Rechten überlassen. Die Angriffe von rechts
107 auf unsere offene Gesellschaft und die demokratischen Institutionen werden wir
108 zurückweisen. Ein Verbot der AfD kümmert sich dabei nur um die Symptome des
109 gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks, menschenfeindliche Ansichten verschwinden
110 nicht von allein.

111 Wir fordern die SPD auf, sich endlich stärker mit den spezifischen
112 Herausforderungen Ostdeutschlands auseinanderzusetzen. Das bedeutet für uns: Es
113 muss endlich im Regierungshandeln der Ampel deutlich werden, dass die SPD die
114 letzte Bundestagswahl vor allem im Osten gewonnen hat - denn davon spüren wir
115 bisher wenig. Wenn die Sozialdemokratie nicht glaubhaft für Umverteilung,
116 Zukunftsperspektiven und das demokratische Gemeinwohl im Osten einsteht und dies
117 in konkrete Politik für die Menschen vor Ort gießt, verliert sie ihre
118 Daseinsberechtigung.

119 Deshalb liegt es an uns, gemeinsam mit den progressiven Kräften und zusammen mit
120 unseren Bündnispartner:innen stärker denn je und glaubhaft für die Interessen
121 Ostdeutschlands zu kämpfen.

122 **Wir geben den Osten nicht auf – trotz alledem!**